

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

28. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 6. November 1975	Nummer 122
---------------------	---	-------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20020	20. 10. 1975	RdErl. d. Innenministers Beschaffung von Personenstandsakten und anderen Personalunterlagen aus der UdSSR.	1926
2010	20. 10. 1975	RdErl. d. Innenministers Beglaubigung und Legalisation von Urkunden, die zum Gebrauch im Ausland bestimmt sind.	1926
20315	3. 10. 1975	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über den Zusatzurlaub für Arbeiter, die unter erheblicher Gefährdung der Gesundheit arbeiten	1934
20363	15. 10. 1975	RdErl. d. Finanzministers G 131; Hinweise zur Anwendung der versorgungsrechtlichen Vorschriften	1934
2120	15. 10. 1975	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Beistandspflicht der Gesundheitsämter gegenüber den Finanzämtern; hier: Amtsärztliche Bescheinigungen zur Erlangung einer Kraftfahrzeugsteuervergünstigung für Körperbehinderte	1936
2160	17. 10. 1975	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe – Arbeiterwohlfahrt Bezirk westliches Westfalen e. V. –	1936
2370	16. 10. 1975	RdErl. d. Innenministers Einsatz von Bundesmitteln zur Beseitigung von Wohnungsnotständen sowie zur Förderung von Eigentumsmaßnahmen für kinderreiche Familien	1936
71342	14. 10. 1975	RdErl. d. Innenministers Aufstellung des Neuen Liegenschaftskatasters.	1938
71342	15. 10. 1975	RdErl. d. Innenministers Vorschriften für die Herstellung, Fortführung und Vervielfältigung der Schätzungskarte in Nordrhein-Westfalen (Schätzungskartenerlaß).	1938
763	16. 10. 1975	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Abgrenzung der Aufsichtsbefugnisse über private Versicherungsunternehmen von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung; Vereinfachung der Berichterstattung	1938

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
14. 10. 1975	RdErl. – Nachweis der Musterstücke der Bodenschätzung im Liegenschaftskataster	1938
10. 10. 1975	RdErl. – Wohnungsbauförderungsprogramm 1975	1939
	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	
9. 10. 1975	Bek. – Ungültigkeit von Dienstaussweisen.	1938
	Personalveränderungen	
	Finanzminister	1938
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 67 v. 23. 10. 1975	1940
	Nr. 68 v. 24. 10. 1975	1940

20020

I. Beschaffung von Personenstandsurkunden und anderen Personalunterlagen aus der UdSSR

RdErl. d. Innenministers v. 20. 10. 1975 –
I C 2/17–10.136

Nach Mitteilung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau nimmt die Bearbeitung von Anträgen im sogenannten Urkundenanforderungsverfahren in vielen Fällen eine erhebliche Zeit in Anspruch. Häufig sind zunächst Rückfragen der Botschaft bei den antragstellenden deutschen Behörden erforderlich, um die Anträge zu vervollständigen. Eine Beschleunigung könnte eintreten, wenn die Antworten auf die Fragen, die in dem Fragebogen gestellt werden, ausführlich und genau sind.

In meinem RdErl. v. 10. 3. 1969 (SMBl. NW. 20020) wird nach dem zweiten Absatz folgender Absatz eingefügt:

„Eine Anfrage nach einem Arbeitsnachweis hat nur Aussicht auf Erfolg, sofern die genauen Beschäftigungszeiten, die Art der Tätigkeit, die Arbeitgeber bzw. die Nummern der Betriebe oder der Arbeitslager sowie genaue Ortsangaben (einschließlich Gebiet und Rayon) vorliegen.“

Ferner sollte bei Anforderungen von Urkunden und Bescheinigungen unbedingt der Vorname des Vaters angegeben sein, da dieser in der UdSSR einen Bestandteil des Namens bildet.“

– MBl. NW. 1975 S. 1926.

2010

Beglaubigung und Legalisation von Urkunden, die zum Gebrauch im Ausland bestimmt sind

RdErl. d. Innenministers v. 20. 10. 1975 –
I C 2/17–21.163

Mein RdErl. v. 15. 11. 1959 (SMBl. NW. 2010) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2.33 Abs. 1 wird nach dem Wort „Portugal“ das Wort „Schweiz“ eingefügt.
2. Nach Nummer 2.36 werden folgende Nummern 2.37 bis 2.40 eingefügt:
 - 2.37 Nach Artikel 5 des Übereinkommens über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter **Auszüge aus Personenstandsbüchern** vom 27. 9. 1956 (BGBl. 1961 II S. 1056; 1962 II S. 42) bedürfen die von den Standesbeamten ausgestellten mehrsprachigen Auszüge aus den Personenstandsbüchern im Gebiete der anderen Vertragsstaaten keiner Legalisation. Das Übereinkommen gilt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, der Türkei
 - 2.38 Nach den Art. 2 und 3 des **Europäischen Übereinkommens zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden** von der Legalisation vom 7. 6. 1968 (BGBl. 1971 II S. 86) sind die von den diplomatischen oder konsularischen Vertretern einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet irgendeines Staates errichteten Urkunden von der Legalisation befreit. Das Übereinkommen gilt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, Großbritannien sowie den Inseln Man, Guernsey und Jersey, Italien, Liechtenstein, den Nie-

Verzeichnis der ausländischen konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, deren Amtsbezirk (A.) sich auf das Land Nordrhein-Westfalen erstreckt*)

– Stand 1. 10. 1975 –

Ägypten:	s. Arabische Republik Ägypten
Äthiopien:	Konsularabteilung der Botschaft von Äthiopien, 5300 Bonn, Brentanostraße 1

*) In der Aufstellung ist der Amtsbezirk nicht aufgeführt, wenn er das gesamte Landesgebiet umfaßt.

derlanden sowie Surinam und den Niederländischen Antillen, Österreich, Schweden, Schweiz, Zypern.

2.39 Italien

Nach Art. 1 des Vertrages vom 7. 6. 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden (Gesetz vom 30. 7. 1974, BGBl. II S. 1069), der am 5. 5. 1975 in Kraft getreten ist (Bek. vom 22. 4. 1975, BGBl. II S. 660), bedürfen **öffentliche Urkunden**, die in einem Vertragsstaat errichtet und mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen sind, keiner Legalisation oder Beglaubigung. **Andere Urkunden**, die nach dem Recht eines Vertragsstaates als öffentliche Urkunden anzusehen sind, bedürfen zum Gebrauch in dem anderen Vertragsstaat keiner Legalisation, wenn sie von der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem die Urkunde errichtet worden ist, beglaubigt sind. Für die Beglaubigung sind nach der Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1583/SGV. NW. 311) die Regierungspräsidenten zuständig.

2.40 Frankreich

Nach Art. 1 des Abkommens vom 13. 9. 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation (Gesetz vom 30. 7. 1974, BGBl. II S. 1074, 1100) das am 1. 4. 1975 in Kraft getreten ist (Bek. vom 6. 3. 1975, BGBl. II S. 353), bedürfen öffentliche Urkunden, die in einem der beiden Staaten errichtet und mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen sind, zum Gebrauch in dem anderen Staat keiner Legalisation, Apostille, Beglaubigung oder ähnlichen Förmlichkeit.

3. In Nummer 3.2 erhält Satz 1 folgende Fassung:

Urkunden, die zur Verwendung in der **Volksrepublik China**, in den Ländern **Birma, Bulgarien und Irak** bestimmt sind, müssen jedoch nach der Beglaubigung durch den zuständigen Regierungspräsidenten abschließend nach vom Bundesverwaltungsamt in 5 Köln 1, Habsburger Ring 9–13, überbeglaubigt werden.

4. Nummer 4.2 erhält folgende Fassung:

Eine Sonderregelung besteht für die Volksrepublik China, die Republik China (National-China), für Kuba und Kuwait.

5. Die Nummern 4.22 und 4.24 werden gestrichen; die Nummern 4.23 und 4.25 werden 4.22 und 4.23.

6. In Nummer 4.3 Satz 2 werden die Wörter

„Das Generalkonsulat von Honduras in Düsseldorf“
durch die Wörter

„Die Konsularabteilung der Botschaft von Honduras in Bonn-Bad Godesberg“
ersetzt.

7. Nach Nummer 4.3 wird folgende Nummer 4.4 eingefügt:

4.4 Die Konsularabteilung der Botschaft des **Königreichs Saudi-Arabien** erwartet, daß den zu legalisierenden Urkunden Übersetzungen in arabischer Sprache beigefügt werden.

8. Das Verzeichnis der ausländischen konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, deren Amtsbezirk (A.) sich auf das Land Nordrhein-Westfalen erstreckt (Anlage zum RdErl. v. 15. 11. 1959), erhält folgende Fassung:

Afghanistan:	Konsularabteilung der Königlich Afghanischen Botschaft, 5300 Bonn-Röttgen, Liebfrauenweg 1a
Algerien:	Konsularabteilung der Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Algerien, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 32
Arabische Republik Ägypten:	Konsularabteilung der Botschaft der Arabischen Republik Ägypten, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Wendelstadallee 2
Arabische Republik Syrien:	Botschaft der Arabischen Republik Syrien, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 9
Argentinien:	Konsulat von Argentinien, 4000 Düsseldorf, Klosterstraße 45 II
Australien:	Konsularabteilung der Australischen Botschaft, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 107
Bangladesch:	Konsularabteilung der Botschaft von Bangladesch, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 54
Belgien:	Generalkonsulat des Königreichs Belgien, 4000 Düsseldorf, Lindemannstraße 8 Konsulat des Königreichs Belgien, 5100 Aachen, Kapuzinergraben 14 A.: Stadt Aachen, Kreise Aachen, Düren und Heinsberg Konsulat des Königreichs Belgien, 4650 Gelsenkirchen, Steeler Straße 28 A.: Reg.-Bez. Münster Visum und Paßbüro des Konsulats des Königreichs Belgien, 5000 Köln, Cäcilienstraße 46, „Belgisches Haus“ A.: Reg.-Bez. Köln mit Ausnahme der Stadt Aachen und der Kreise Aachen, Düren und Heinsberg Konsulat des Königreichs Belgien, 5650 Solingen-Ohligs, Langhansstraße 6 A.: Kreisfreie Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal
Birma:	Konsularabteilung der Botschaft der Birmanischen Union, 5300 Bonn, Am Hofgarten 1-2
Bolivien:	Generalkonsulat von Bolivien, 2000 Hamburg 20, Heilwigstraße 125
Brasilien:	Generalkonsulat von Brasilien, 4000 Düsseldorf, Steinstraße 2 Konsulat von Brasilien, 5100 Aachen, Reichsweg 19-42 A.: Stadt Aachen Konsulat von Brasilien, 5000 Köln, Unter Sachsenhausen 4 A.: Stadt Köln
Bulgarien:	Konsularabteilung der Botschaft der Volksrepublik Bulgarien, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Büchelstraße 48
Ceylon:	siehe Sri Lanka
Chile:	Konsularabteilung der Botschaft von Chile, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Kronprinzenstraße 20
China:	Konsularabteilung der Botschaft der Volksrepublik China, 5321 Wachtberg-Niederbachem, Konrad-Adenauer-Straße 104
Costa Rica:	Generalkonsulat von Costa Rica, 2000 Hamburg 20, Wenzelstraße 6 Konsulat von Costa Rica, 5300 Bonn, Kaiserstraße 33 A.: Landesgebiet mit Ausnahme der kreisfreien Städte Düsseldorf und Köln sowie des Erftkreises und des Kreises Mettmann

	Konsulat von Costa Rica, 5000 Köln, Neumarkt 41 A.: Stadt Köln und Erftkreis Vizekonsulat von Costa Rica, 4000 Düsseldorf, Kreuzstraße 51 A.: Stadt Düsseldorf und Kreis Mettmann
Dahome:	Konsularabteilung der Botschaft von Dahome, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Viktoriastraße 7
Dänemark:	Konsularabteilung der Botschaft des Königreichs Dänemark, 5300 Bonn, Pfälzer Straße 14 Konsulat des Königreichs Dänemark, 4000 Düsseldorf, Bilker Straße 12
Dominikanische Republik:	Generalkonsulat der Dominikanischen Republik, 2000 Hamburg 20, Heilwigstraße 125 Konsularabteilung der Botschaft der Dominikanischen Republik, 5300 Bonn, Maximilianstraße 8
Ecuador:	Konsularabteilung der Botschaft von Ecuador, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Koblenzer Straße 37
Elfenbeinküste:	Konsularabteilung der Botschaft der Republik Elfenbeinküste, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 6
El Salvador:	Konsulat von El Salvador, 5000 Köln-Lindenthal, Richard-Strauß-Straße 2
Finnland:	Konsularabteilung der Botschaft der Republik Finnland, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Am Aennchenplatz
Frankreich:	Konsularabteilung der Französischen Botschaft, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Kapellenstraße 1 A A.: Stadt Bonn und Kreise Euskirchen und Rhein-Sieg-Kreis Französisches Generalkonsulat, 4000 Düsseldorf, Cecilienallee 10 A.: Landesgebiet außer Stadt Bonn und Kreise Euskirchen und Rhein-Sieg-Kreis
Gabun:	Konsularabteilung der Botschaft von Gabun, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Friedrichstraße 16
Ghana:	Konsularabteilung der Botschaft von Ghana, 5300 Bonn, Rheinallee 58
Griechenland:	Konsulat von Griechenland, 4800 Bielefeld, Breite Straße 3–7 A.: Reg.-Bez. Detmold und Münster Konsulat von Griechenland, 4600 Dortmund, Kaiserstraße 18 A.: Reg.-Bez. Arnsberg Generalkonsulat von Griechenland, 4000 Düsseldorf, Kaiserstraße 30 a A.: Reg.-Bez. Düsseldorf Generalkonsulat von Griechenland, 5000 Köln, Am Römerturm 8 A.: Reg.-Bez. Köln
Großbritannien:	Generalkonsulat des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, 4000 Düsseldorf, Georg-Glock-Straße 14, Nordsternhaus
Guatemala:	Konsularabteilung der Botschaft von Guatemala, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Zietenstraße 16 A.: Reg.-Bez. Köln Konsulat von Guatemala, 4000 Düsseldorf, Lindemannstraße 18 A.: Reg.-Bez. Arnsberg und Düsseldorf Konsulat von Guatemala, 4800 Bielefeld, Umlandstraße 33 c A.: Reg.-Bez. Detmold und Münster
Haiti:	Generalkonsulat von Haiti, 2000 Hamburg 20, Haynstraße 2

- Honduras: Konsularabteilung der Botschaft von Honduras,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Auf der Hostert 4
Generalkonsulat von Honduras,
2000 Hamburg 1, An der Alster 21
- Indien: Konsularabteilung der Botschaft von Indien,
5300 Bonn, Adenauerallee 262
- Indonesien: Generalkonsulat von Indonesien,
4000 Düsseldorf, Hüttenstraße 27
- Irak: Konsularabteilung der Botschaft der Republik Irak,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Hohenzollernstraße 12
- Iran: Konsularabteilung der Kaiserlich Iranischen Botschaft,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Hochkreuzallee 1
- Irland: Konsularabteilung der Botschaft von Irland,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 54
- Island: Isländisches Konsulat,
4000 Düsseldorf 22, Otto-Hahn-Straße 2
A.: Reg.-Bez. Düsseldorf, Detmold und Münster
Isländisches Konsulat,
5038 Rodenkirchen bei Köln, Cyklopstraße (Cyklop-Gesellschaft)
A.: Reg.-Bez. Arnsberg und Köln
- Israel: Konsularabteilung der Botschaft des Staates Israel,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Simrockstraße 2
- Italien: Konsularkanzlei der Botschaft von Italien,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Siebengebirgsstraße 1
A.: Stadt Bonn
Generalkonsulat von Italien,
5000 Köln-Lindenthal, Universitätsstraße 81
A.: Reg.-Bez. Köln mit Ausnahme der Stadt Bonn, Reg.-Bez. Düsseldorf sowie die Kreise
Hochsauerlandkreis, Olpe und Siegen des Reg.-Bez. Arnsberg
Konsulat von Italien,
4600 Dortmund, Kronprinzenstraße 105
A.: Reg.-Bez. Münster, Detmold, Arnsberg mit Ausnahme der Kreise Hochsauerlandkreis,
Olpe und Siegen
- Japan: Konsularabteilung der Japanischen Botschaft,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 139
A.: Reg.-Bez. Köln
Japanisches Generalkonsulat,
4000 Düsseldorf, Klosterstraße 22
A.: Landesgebiet, mit Ausnahme des Reg.-Bez. Köln
- Jemen: Konsularabteilung der Botschaft der Demokratischen Republik Jemen,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Heerstraße 95
- Jordanien: Konsularabteilung der Jordanischen Botschaft,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Wurzerstraße 106
Konsulat von Jordanien,
4000 Düsseldorf, Poststraße 7
- Jugoslawien: Konsularabteilung der Botschaft der Sozialistischen Föderativen Republik
Jugoslawien,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Schloßstraße 1
A.: Reg.-Bez. Köln
Konsulat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien,
4000 Düsseldorf, Lindemannstraße 5
A.: Reg.-Bez. Düsseldorf und Münster
Konsulat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien,
4600 Dortmund-Hörde, Seydlitzstraße 38
A.: Reg.-Bez. Arnsberg und Detmold
- Kamerun: Konsularabteilung der Botschaft von Kamerun,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 53
Konsulat von Kamerun *),
4000 Düsseldorf, Marienstraße 10

*) Legalisationsanträge sind bei der Botschaft einzureichen und laufen über das zuständige Konsulat an die Antragsteller zurück.

- Kanada:** Konsularabteilung der Botschaft von Kanada,
5300 Bonn, Friedrich-Wilhelm-Straße 18
A.: Reg.-Bez. Köln
Generalkonsulat von Kanada,
4000 Düsseldorf, Immermannstraße 3
A.: Landesgebiet, mit Ausnahme des Reg.-Bez. Köln
- Kolumbien:** Konsularabteilung der Botschaft von Kolumbien,
5300 Bonn, Friedrich-Wilhelm-Straße 35
- Korea:** Konsularabteilung der Botschaft der Republik Korea,
5300 Bonn, Adenauerallee 124
- Libanon:** Konsularabteilung der Botschaft von Libanon,
5300 Bonn, Königstraße 79
Konsulat von Libanon,
4000 Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 166
- Liberia:** Konsulat von Liberia,
5000 Köln-Marienburg, Pferdengassestraße 3
- Libyen:** Konsularabteilung der Botschaft der Arabischen Republik Libyen,
5300 Bonn, Argelander Straße 1
- Luxemburg:** Konsularabteilung der Botschaft des Großherzogtums Luxemburg,
5300 Bonn, Am Bundeskanzlerplatz (Bonn-Center H I 1104)
A.: Landesgebiet, mit Ausnahme des Reg.-Bez. Düsseldorf und die Stadt Aachen sowie die Kreise Aachen, Düren und Heinsberg des Reg.-Bez. Köln
Konsulat des Großherzogtums Luxemburg,
5100 Aachen, Eupener Straße 25
A.: Reg.-Bez. Düsseldorf sowie die Stadt Aachen und die Kreise Aachen, Düren und Heinsberg des Reg.-Bez. Köln
- Madagaskar:** Generalkonsulat von Madagaskar,
4000 Düsseldorf, Pempelforter Straße 11
- Malawi:** Konsularabteilung der Botschaft von Malawi,
5300 Bonn, Am Bundeskanzlerplatz (Bonn-Center H I 1103)
- Malaysia:** Konsulat von Malaysia,
2000 Hamburg 1, Ballindamm 11
- Mali:** Konsularabteilung der Botschaft der Republik Mali,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Luisenstraße 54
- Marokko:** Konsularabteilung der Botschaft des Königreichs Marokko,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Neckarstraße 2
Generalkonsulat des Königreichs Marokko,
4000 Düsseldorf, Cecilienallee 14
- Mexiko:** Konsularabteilung der Botschaft von Mexiko,
5000 Köln 51, Eugen-Langen-Straße 10
A.: Stadt und Kreis Köln
Generalkonsulat von Mexiko,
2000 Hamburg 13, Hallerstraße 70
Konsulat von Mexiko,
5300 Bonn, Am Hofgarten 7
A.: Reg.-Bez. Arnsberg und Köln, mit Ausnahme der Stadt und des Kreises Köln
Konsulat von Mexiko,
4000 Düsseldorf, Kreuzstraße 51
A.: Landesgebiet, mit Ausnahme der Reg.-Bez. Arnsberg und Köln
- Monaco:** Konsulat von Monaco,
5000 Köln, Unter Sachsenhausen 10–26
- Neuseeland:** Konsularabteilung der Botschaft von Neuseeland,
5300 Bonn, Am Bundeskanzlerplatz (Bonn-Center H I 902)

- Nicaragua: Generalkonsulat von Nicaragua,
2000 Hamburg 76, Am Langenzug 5
Konsulat von Nicaragua,
5000 Köln, Unter Sachsenhausen 21–27
- Niederlande: Konsularabteilung der Botschaft des Königreichs der Niederlande,
5300 Bonn, Sträßchensweg 2
A.: Stadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis
Generalkonsulat des Königreichs der Niederlande,
4000 Düsseldorf, Berliner Allee 22
A.: Landesgebiet, mit Ausnahme der Städte Bonn und Köln sowie der Kreise Erftkreis,
Euskirchen, des Oberbergischen Kreises und des Rhein-Sieg-Kreises
Konsulat des Königreichs der Niederlande,
5100 Aachen, Friedrich-Wilhelm-Platz 5–6
A.: Stadt Aachen und die Kreise Aachen, Düren und Heinsberg
Konsulat des Königreichs der Niederlande,
4600 Dortmund, Feldstraße 28–34
A.: Reg.-Bez. Arnsberg und Detmold
Konsulat des Königreichs der Niederlande,
4190 Kleve, Bahnhofstraße 30
A.: Kreise Kleve und Wesel
Konsulat des Königreichs der Niederlande,
5000 Köln, Herwarthstraße 8 II
A.: Reg.-Bez. Köln, mit Ausnahme der Städte Aachen und Bonn und der Kreise Aachen,
Düren, Heinsberg und des Rhein-Sieg-Kreises
Konsulat des Königreichs der Niederlande,
4400 Münster i. W., Von-Vincke-Straße 11–13 (Allianz-Haus)
A.: Reg.-Bez. Münster, mit Ausnahme der Städte Bottrop und Gelsenkirchen
- Niger: Konsulat der Republik Niger,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Dürenstraße 9
- Nigeria: Konsularabteilung der Botschaft von Nigeria,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Goldbergweg 13
- Norwegen: Konsularabteilung der Botschaft des Königreichs Norwegen,
5300 Bonn, Gotenstraße 163
Konsulat des Königreichs Norwegen,
4000 Düsseldorf, Königsallee 17
- Oman: Botschaft des Sultanats Oman,
5300 Bonn, Johanniterstraße 7
- Österreich: Österreichisches Generalkonsulat,
4000 Düsseldorf, Cecilienallee 43a
Österreichisches Konsulat,
4800 Bielefeld, Detmolder Straße 228
A.: Reg.-Bez. Detmold und Münster
- Pakistan: Konsularabteilung der Botschaft von Pakistan,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 24
- Panama: Konsularabteilung der Botschaft von Panama,
5300 Bonn-Bad Godesberg, Lützowstraße 1
A.: Stadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis
Generalkonsulat von Panama,
2000 Hamburg 36, Gänsemarkt 21–23
Konsulat von Panama,
5000 Köln, Gereonstraße 17–23
A.: Reg.-Bez. Köln
Konsulat von Panama,
4000 Düsseldorf, Hebbelstraße 20
A.: Reg.-Bez. Düsseldorf, mit Ausnahme der Stadt Wuppertal; Reg.-Bez. Münster
Konsulat von Panama,
5600 Wuppertal-Elberfeld, Bismarckstraße 19
A.: Stadt Wuppertal, Reg.-Bez. Arnsberg und Detmold
- Paraguay: Generalkonsulat von Paraguay,
2000 Hamburg 20, Heilwigstraße 123 I
- Peru: Konsulat von Peru,
4300 Essen, Huyssenallee 22–30

Philippinen:	Konsularabteilung der Philippinischen Botschaft, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Kaiserstraße 6
Polen:	Konsularabteilung der Botschaft der Volksrepublik Polen, 5000 Köln 1, Pferdmenigesstraße 30
Portugal:	Generalkonsulat von Portugal, 4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 16 Konsulat von Portugal, 4040 Neuss, Jülicher Straße 44 A.: Kreisfreie Stadt Mönchengladbach und Kreis Neuss
Rumänien:	Konsularabteilung der Botschaft von Rumänien, 5000 Köln-Bayenthal, Oberländer Ufer 68
Sambia:	Konsularabteilung der Botschaft der Republik Sambia, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Mittelstraße 39
San Marino:	Generalkonsulat von San Marino, 5202 Hennef/Sieg, Frankfurter Straße 180–186
Saudi-Arabien:	Konsularabteilung der Botschaft des Königreichs Saudi-Arabien, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 27
Schweden:	Konsularabteilung der Botschaft des Königreichs Schweden, 5300 Bonn, An der Heussallee 2–10, Haus I Konsulat des Königreichs Schweden, 4000 Düsseldorf, Jägerhofstraße 20 A.: Landesgebiet, mit Ausnahme der Stadt Essen Vizekonsulat des Königreichs Schweden, 4300 Essen, Schinckelstraße 30–32 A.: Stadt Essen
Schweiz/Liechtenstein:	Konsularabteilung der Schweizerischen Botschaft, 5000 Köln-Bayenthal, Bayenthalgürtel 15 A.: Kreisfreie Städte Bonn und Köln sowie die Kreise Erftkreis, Euskirchen, Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis Schweizerisches Generalkonsulat, 4000 Düsseldorf-Nord, Cecilienallee 17 A.: Landesgebiet, ausgenommen die kreisfreien Städte Bonn und Köln sowie die Kreise Erftkreis, Euskirchen, Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis
Senegal:	Konsularabteilung der Botschaft von Senegal, 5300 Bonn, Argelanderstraße 3
Sierra Leone:	Generalkonsulat von Sierra Leone, 2000 Hamburg 1, Spaldingstraße 70
Somalia:	Konsularabteilung der Botschaft von Somalia, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Max-Franz-Straße 13
Spanien:	Generalkonsulat von Spanien, 4000 Düsseldorf, Homberger Straße 16
Sri Lanka: (früher Ceylon)	Konsularabteilung der Botschaft von Sri Lanka, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Rolandstraße 52
Sudan:	Botschaft der Demokratischen Republik des Sudan, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Habsburger Straße 8
Republik von Südafrika:	Konsularabteilung der Botschaft der Republik von Südafrika, 5000 Köln, Heumarkt 1 Generalkonsulat der Republik von Südafrika, 2000 Hamburg 13, Harvestehuder Weg 50
Swasiland:	Konsulat von Swasiland, 4000 Düsseldorf, Worringer Straße 59
Tansania; Vereinigte Republik:	Konsulat von Tansania, 4000 Düsseldorf, Eintrachtstraße 17

Thailand:	Konsularabteilung der Botschaft des Königreichs Thailand, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Ubierstraße 65 Generalkonsulat des Königreichs Thailand, 2000 Hamburg 1, Mönckebergstraße 8
Togo:	Konsulat von Togo, 4000 Düsseldorf, Lindemannstraße 43
Tschad:	Konsularabteilung der Botschaft der Republik Tschad, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 34
Tschechoslowakei:	Konsular- und Visaabteilung der Botschaft der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, 5000 Köln 51, Germanicusstraße 6
Türkei:	Generalkonsulat der Republik Türkei, 5000 Köln 1, Sachsenring 14 A.: Reg.-Bez. Köln Generalkonsulat der Republik Türkei, 4300 Essen-Bredeney, Alfredstraße 307 A.: Reg.-Bez. Arnsberg, Detmold, Münster sowie die kreisfreien Städte Essen und Mülheim a. d. Ruhr Generalkonsulat der Republik Türkei, 4000 Düsseldorf 30, Cecilienallee 41 A.: Reg.-Bez. Düsseldorf, mit Ausnahme der kreisfreien Städte Essen und Mülheim a. d. Ruhr
Tunesien:	Konsularabteilung der Botschaft von Tunesien, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Rungsdorfer Straße 6
Uganda:	Konsularabteilung der Botschaft der Republik Uganda, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Dürenstraße 44
Ungarn:	Konsularabteilung der Ungarischen Volksrepublik, 5000 Köln 1, Hardefuststraße 7
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR):	Konsularabteilung der UdSSR, 5481 Rolandseck bei Bonn, Koblenzer Straße 28
Uruguay:	Konsularabteilung der Botschaft von Uruguay, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Heerstraße 16 A.: Reg.-Bez. Köln Konsulat von Uruguay, 4000 Düsseldorf, Wagnerstraße 26 A.: Reg.-Bez. Arnsberg, Detmold, Düsseldorf und Münster
Venezuela:	Konsularabteilung der Botschaft von Venezuela, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Arndtstraße 16 Generalkonsulat von Venezuela, 2000 Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 30
Vereinigte Staaten von Amerika:	Konsularabteilung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Deichmanns Aue A.: Stadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika 4000 Düsseldorf, Cecilienallee 5 A.: Land Nordrhein-Westfalen, mit Ausnahme der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises
Zaire:	Konsularabteilung der Botschaft der Republik Zaire 5300 Bonn-Bad Godesberg, Im Meisengarten 133
Zypern:	Konsularabteilung der Botschaft Zypern, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Ubierstraße 73 Generalkonsulat von Zypern, 4300 Essen-Bredeney, Westerwaldstraße 50

20315

**Tarifvertrag
über den Zusatzurlaub für Arbeiter,
die unter erheblicher Gefährdung
der Gesundheit arbeiten**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4240 – 2 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.59.01 – 1/75 –
v. 3. 10. 1975

A.

Anlage Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der zum 30. Juni 1969 gekündigte Tarifvertrag über den Zusatzurlaub für Arbeiter, die unter erheblicher Gefährdung der Gesundheit arbeiten (§ 49 MTL II), vom 17. Dezember 1959 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 30. 4. 1960 – SMBl. NW. 20315) mit den in § 3 des Änderungstarifvertrages Nr. 17 zum MTL II vom 21. April 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 8. 6. 1970 – MBl. NW. S. 1078) für die Weiteranwendung des gekündigten Tarifvertrages vereinbarten Änderungen und mit der in § 2 dieses Tarifvertrages vereinbarten Änderung wieder in Kraft gesetzt wird, geben wir bekannt:

Anlage

**Änderungstarifvertrag
vom 9. Dezember 1974
zum Tarifvertrag betr. Zusatzurlaub bei
gesundheitsgefährdenden Arbeiten
vom 17. Dezember 1959**

Zwischen
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
– vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes –

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport
und Verkehr – Hauptvorstand –

wird folgendes vereinbart:

§ 1**Wiederinkraftsetzen des Tarifvertrages**

Der zum 30. Juni 1969 gekündigte Tarifvertrag betr. Zusatzurlaub bei gesundheitsgefährdenden Arbeiten vom 17. Dezember 1959 wird unter Berücksichtigung des § 3 des Änderungstarifvertrages Nr. 17 zum MTL II vom 21. April 1970 wieder in Kraft gesetzt.

§ 2**Änderung des Tarifvertrages**

Der Tarifvertrag betr. Zusatzurlaub bei gesundheitsgefährdenden Arbeiten vom 17. Dezember 1959 i. d. Fassung des § 1 dieses Tarifvertrages wird wie folgt geändert und ergänzt:

§ 3 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Arbeiter in den Betriebsbereichen
der Stadtentwässerung 10 Arbeitstage,
jedoch nicht mehr als 32 Arbeitstage
Gesamturlaub.“

§ 3**Inkrafttreten**

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1975 in Kraft. Er kann jederzeit schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 9. Dezember 1974

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages weisen wir auf folgendes hin:

Der Tarifvertrag vom 17. Dezember 1959 ist schon bisher unter Berücksichtigung der mit dem Änderungstarifvertrag Nr. 17 zum MTL II vom 21. April 1970 für die Weiteranwendung des gekündigten Tarifvertrages vereinbarten Änderungen durchgeführt worden. Durch die mit diesem Tarifvertrag

nunmehr auch tariflich wirksam vereinbarte formelle Änderung des Tarifvertrages vom 17. Dezember 1959 tritt deshalb in der Durchführung keine Änderung ein.

– MBl. NW. 1975 S. 1934.

20363

G 131

**Hinweise zur Anwendung der versorgungsrechtlichen
Vorschriften**

RdErl. d. Finanzministers v. 15. 10. 1975 –
B 3203 – 1 – IV B 4

Mein RdErl. v. 8. 11. 1968 (SMBl. NW. 20363) wird wie folgt geändert:

1. In Abschnitt A „Zu § 29 i. Verb. mit § 114 BBG“ werden folgende Nummern 3, 3.1, 3.2 und 3.3 angefügt:

3 § 114 BBG ist durch Artikel IV § 1 Nr. 11 des 2. BesVNG neu gefaßt worden. Nach Absatz 2 der Neufassung ist ab 1. 7. 1975 auch die Zeit eines nichtberufsmäßigen Reichsarbeitsdienstes oder Polizeivollzugsdienstes und die Zeit einer Heilbehandlung im Anschluß an die Entlassung aus dem Wehrdienst, Reichsarbeitsdienst, Polizeivollzugsdienst oder aus der Kriegsgefangenschaft, einer Internierung oder aus einem Gewahrsam für die Berechnung des Ruhegehaltes ruhegehaltfähig. Diese Zeiten gelten nicht als Dienstzeiten im Sinne des § 106 Abs. 1 Nr. 1 BBG.

3.1 Nichtberufsmäßiger Reichsarbeitsdienst im Sinne des § 114 Abs. 2 Nr. 1 BBG ist jeder aufgrund des Reichsarbeitsdienstgesetzes in der Fassung vom 9. September 1939 (RGBl. I S. 1747) vom 1. 10. 1935 an (bei der weiblichen Jugend des Reichsarbeitsdienstes vom 1. 9. 1939 an) pflichtgemäß oder freiwillig geleistete Arbeitsdienst, der nicht nach § 113 Abs. 1 Nr. 1 BBG und der VwV Nr. 3 hierzu als Zeit eines berufsmäßigen Arbeitsdienstes zu berücksichtigen ist. Der Studentische Ausgleichsdienst kann nicht als nichtberufsmäßiger Reichsarbeitsdienst angesehen werden. Der Einsatz der weiblichen Jugend des Reichsarbeitsdienstes im Kriegshilfsdienst und in der Luftverteidigung wurde aufgrund des Erlasses v. 8. 4. 1944 (RGBl. I S. 1944) ab 21. 4. 1944 im Rahmen des Reichsarbeitsdienstes abgeleistet.

Dienstzeiten der männlichen Jugend in den Vorgängerorganisationen des Reichsarbeitsdienstes sind vom 1. 7. 1934 an zu berücksichtigen, soweit durch sie eine Arbeitsdienstpflicht nach dem Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 769) abgegolten worden ist (vgl. Artikel 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsarbeitsdienstgesetzes vom 1. Oktober 1935 – RGBl. I S. 1215 –). Die gesetzliche Reichsarbeitsdienstpflicht betrug für die Geburtsjahrgänge 1915 und jünger 6 Monate.

Dienstzeiten im Arbeitsdienst der weiblichen Jugend als Vorgängerorganisation des Reichsarbeitsdienstes der weiblichen Jugend sind vom 1. 4. 1936 an zu berücksichtigen (vgl. 7. Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsarbeitsdienstgesetzes – Arbeitsdienst für die weibliche Jugend – vom 15. August 1936 – RGBl. I S. 633 –).

3.2 Nichtberufsmäßiger Polizeivollzugsdienst im Sinne des § 114 Abs. 2 Nr. 1 BBG ist die nicht von § 113 Abs. 1 Nr. 1 BBG erfaßte Zeit einer die Arbeitskraft voll beanspruchenden Beschäftigung mit Polizeivollzugsaufgaben, u. a.

a) in der Polizeireserve (vgl. auch RdErl. v. 15. 6. 1940 – O-Kdo RV Nr. 500/40 –, RMBl. IV. 1940 S. 1159),

b) der am 1. 6. 1942 in die Ordnungspolizei – Luftschutzpolizei – überführten Angehörigen des Sicherheits- und Hilfsdienstes (SHD) von diesem Tage an (vgl. Abschnitt IV des unter Buchstaben a) erwähnten RdErl. v. 15. 6. 1940, eingefügt mit RdErl. v. 22. 1. 1943 – O-Kdo II P Allg. (3c) 1 Nr. 15/43 –, RMBl. IV. 1943 S. 111),

c) beim Zollgrenzschutz als Zollgrenzschutzreservist.

- 3.3 Für die Berücksichtigung der Zeiten einer Heilbehandlung im Sinne des § 114 Abs. 2 Nr. 2 BBG ist davon auszugehen, daß eine bei der Entlassung vorliegende Krankheit oder Verwundung die Folge eines Dienstes, einer Kriegsgefangenschaft, einer Internierung oder eines Gewahrsams (§ 114 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 oder § 113 Abs. 1 Nr. 1 BBG) gewesen ist, es sei denn, daß die besonderen Umstände des Falles eine andere Beurteilung nahelegen.

Die Begriffe „Arbeitsunfähigkeit“ und „Heilbehandlung“ sind im allgemeinen Sinn der Reichsversicherungsordnung bzw. des Bundesversorgungsgesetzes zu verstehen.

2. In Abschnitt A wird hinter „Zu § 29 i. Verb. mit § 116 BBG“ eingefügt:

Zu § 29 i. Verb. mit § 117 BBG:

- 1 § 117 ist durch Artikel IV § 1 Nr. 12 des 2. BesVNG neu gefaßt worden. Die Neufassung ist am 1. 7. 1975 in Kraft getreten.

- 1.1 Nach § 117 Abs. 1 der Neufassung wird bei einem Beamten, der vor Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten ist, für die Berechnung des Ruhegehaltes die Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres zu einem Drittel der ruhegehaltfähigen Dienstzeit hinzugerechnet (Zurechnungszeit), soweit diese Zeit nicht nach anderen Vorschriften als ruhegehaltfähig berücksichtigt wird (z. B. nach § 112 BBG, § 30 G 131 oder nach § 11 Abs. 2 BWGöD).

Die Zurechnungszeit gilt nicht als Dienstzeit im Sinne des § 106 Abs. 1 BBG.

Die Zurechnungszeit wird auch bei Beamten auf Zeit oder bei ehemaligen Beamten z. Vv., die vor Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten sind, bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres (zu $\frac{1}{3}$) berücksichtigt, und zwar selbst dann, wenn das Beamtenverhältnis (auf Zeit oder z. Vv.) schon vor Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres wegen Zeitablauf bzw. wegen Eintritt des Ruhestandes kraft Gesetzes mit Ablauf des 30. 9. 1961 (§ 35 Abs. 1 G 131) geendet hätte.

§ 117 Abs. 1 gilt auch für die Berechnung des gesetzlichen Ruhegehaltes, bis zu dessen Höhe einem entlassenen Beamten ein Unterhaltsbeitrag bewilligt werden kann, sofern das Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis wegen Dienstunfähigkeit erfolgte. Diese Voraussetzung ist z. B. nicht erfüllt bei Unterhaltsbeiträgen nach Gnaden- oder Disziplinarrecht, deren Höhe sich nach den bis zum Verlust der Beamtenrechte erdienten Versorgungsbezügen richtet.

§ 117 Abs. 1 findet keine Anwendung, wenn der Beamte nicht wegen Dienstunfähigkeit, sondern aus anderen Gründen (z. B. mit Ablauf des 30. 9. 1961 gem. § 35 Abs. 1 G 131) in den Ruhestand getreten ist. Auch in den Fällen, in denen ein Unterhaltsbeitrag gem. § 71 m G 131 gewährt wird, kommt eine Zurechnungszeit nicht in Betracht.

Die Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres ist, soweit sie nicht volle, durch die Zahl drei teilbare Jahre umfaßt, nach der kalendermäßigen Zahl der Tage zu berechnen. Bruchteile von Tagen, die sich bei der Ermittlung der Zurechnungszeit ergeben, zählen mit.

Beispiel:

Der Ruhestandsbeamte ist geboren am 1. 8. 1913
Versetzung in den Ruhestand wegen
Dienstunfähigkeit mit Ablauf des 31. 12. 1956
Bisherige ruhegehaltfähige Dienstzeit 18 Jahre 233 Tage

Zurechnungszeit: 1. 1. 1957 – 31. 7. 1968

3

Volle durch 3 teilbare Jahre: $9 : 3 = 3$ Jahre

Restliche Zeit vom
1. 1. 1966 – 31. 7. 1968
(1968 Schaltjahr)

$$943 \text{ Tage} : 3 = \frac{\text{Jahre } 314\frac{1}{3} \text{ Tage}}{21 \text{ Jahre } 547\frac{1}{3} \text{ Tage}}$$

oder $22 \text{ Jahre } 182\frac{1}{3} \text{ Tage}$
= 23 Jahre (vgl. § 118 Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz BBG).

- 1.2 Die Vorschrift des § 117 Abs. 2 der Neufassung entspricht der Vorschrift des bisherigen § 117 Abs. 1 BBG. Sind nach der bisherigen Vorschrift des § 117 Abs. 1 Zeiten erhöht angerechnet worden, findet § 117 Abs. 1 neuer Fassung (Zurechnungszeit) nur Anwendung, wenn dies für den Versorgungsempfänger günstiger ist als die erhöhte Anrechnung (vgl. § 117 Abs. 3 BBG neuer Fassung). In diesem Falle entfällt die erhöhte Anrechnung.

3. In Abschnitt A „Zu § 29 i. Verb. mit § 118 BBG“ erhält der bisherige Text die Nummer 1; als Nummer 2 wird angefügt:

- 2 Die ab 1. 7. 1975 maßgebenden Mindestversorgungsbezüge ergeben sich aus der Anlage zu meinem RdErl. v. 3. 7. 1975 (SMBI. NW. 20323).

4. In Abschnitt A wird hinter „Zu § 29 i. Verb. mit § 139 BBG“ eingefügt:

Zu § 29 i. Verb. mit § 140 BBG:

- 1 § 140 BBG ist durch Artikel IV § 1 Nr. 14 des 2. BesVNG mit Wirkung vom 1. 7. 1975 geändert worden. Absatz 2 bestimmt, daß bei der Berechnung des Unfallruhegehaltes für einen vor Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres in den Ruhestand getretenen Beamten der ruhegehaltfähigen Dienstzeit die Hälfte der Zurechnungszeit nach § 117 Abs. 1 BBG ($\frac{1}{6}$ der Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres) hinzugerechnet wird.

- 2 Die ab 1. 7. 1975 maßgebenden Mindestunfallversorgungsbezüge ergeben sich aus der Anlage zu meinem RdErl. v. 3. 7. 1975 (SMBI. NW. 20323).

5. In Abschnitt A „Zu § 29 i. Verb. mit § 158 BBG“ erhält die Nummer 9 folgende Fassung:

- 9 Seit dem 1. 1. 1975 betragen die Mindestkürzungsgrenzen nach § 158 Abs. 4 Satz 1 BBG

	Stufe 1	Stufe 2
für Ruhestandsbeamte und Witwen	1 741,43 DM	1 856,89 DM
für Waisen	696,58 DM	742,76 DM

Zu der Mindestkürzungsgrenze tritt entsprechend § 158 Abs. 2 Nr. 1 BBG ein zustehender Unterschiedsbetrag nach § 156 Abs. 1 BBG. Der einer Waise zustehende Unterschiedsbetrag ist in die Anteilberechnung (40%) einzubeziehen.

6. In Abschnitt A „Zu § 29 i. Verb. mit § 160 BBG“ erhält der bisherige Text die Nummer 1; als Nummer 2 wird angefügt:

- 2 Bei der Ermittlung der Höchstgrenze nach § 160 Abs. 2 Nr. 1 BBG ist gegebenenfalls auch eine Zurechnungszeit nach § 117 Abs. 1, § 140 Abs. 2 oder § 181a Abs. 1 Nr. 1 BBG zu berücksichtigen. Von der Zeit zwischen dem Eintritt in den Ruhestand und dem Ablauf des Monats der Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres sind jedoch die Zeiten abzuziehen, die nach § 160 Abs. 2 Nr. 1 BBG bereits im Rahmen der „gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit“ zu berücksichtigen sind.

7. Abschnitt A „Zu § 29 i. Verb. mit § 181 BBG“ erhält folgende Fassung:

Zu § 29 i. Verb. mit § 181 BBG:

Durch Artikel IV § 1 Nr. 17 Buchstabe c des 2. BesVNG ist die Vorschrift des § 181 Abs. 5 BBG über die erhöhte Berücksichtigung von Zeiten mit Wirkung vom 1. 7. 1975

gestrichen worden. Damit entfallen ab 1. 7. 1975 alle Erhöhungen der ruhegehaltfähigen Dienstzeit einschließlich der vom Bundesminister des Innern zum Ausgleich von Härten zugelassenen erhöhten Berücksichtigung von Dienstzeiten bei der früheren Wehrmacht (DV Nr. 2 zu § 82 DBG) und der Zeit der Verwendung auf Seereisen in außerheimischen Gewässern (§ 84 Abs. 1 Satz 2 DBG).

Wird die durch den Wegfall der Erhöhungen der ruhegehaltfähigen Dienstzeit bedingte Minderung des bisherigen Ruhegehaltsatzes durch die im 2. BesVNG vorgesehenen Verbesserungen (Berücksichtigung von nichtberufsmäßigen Reichsarbeitsdienst- oder Polizeivollzugsdienstzeiten, Heilbehandlungszeiten und Zurechnungszeiten) nicht ausgeglichen, verbleibt es gem. Art. IX § 4 Abs. 4 des 2. BesVNG beim bisherigen Ruhegehaltsatz.

8. In Abschnitt A „Zu § 29 i. Verb. mit § 181 a BBG“ werden folgende Nummern 6 und 7 angefügt:

6 Absatz 1 des § 181 a BBG ist durch Artikel IV § 1 Nr. 18 Buchstabe a des 2. BesVNG mit Wirkung vom 1. 7. 1975 neu gefaßt worden. Nach Absatz 1 Nr. 1 ist bei der Berechnung des Kriegsunterhaltungsbehalts für einen vor Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres in den Ruhestand getretenen Beamten der ruhegehaltfähigen Dienstzeit die Hälfte der Zurechnungszeit nach § 117 Abs. 1 BBG ($\frac{1}{6}$ der Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des fünfundsünfzigsten Lebensjahres) hinzuzurechnen.

7 Die ab 1. 7. 1975 maßgebenden Mindestkriegerunterhaltungsbezüge ergeben sich aus der Anlage zu meinem RdErl. v. 3. 7. 1975 (SMBl. NW. 20323).

9. In Abschnitt A wird hinter „Zu § 29 i. Verb. mit § 181 b BBG“ eingefügt:

Zu § 30:

§ 30 G 131 ist durch Artikel V § 3 Nr. 1 des 2. BesVNG mit Wirkung vom 1. 7. 1975 dahingehend geändert worden, daß auch Heilbehandlungszeiten im Sinne des § 114 Abs. 2 Nr. 2 BBG bei den in § 30 G 131 bezeichneten Beamten und unter den in § 30 G 131 genannten Voraussetzungen zu berücksichtigen sind.

10. In Abschnitt A „Zu § 35“ wird folgende Nummer 6 angefügt:

6 Zu den nach § 35 Abs. 3 Satz 1 und Satz 3 G 131 ruhegehaltfähigen Zeiten gehören ab 1. 7. 1975 auch Heilbehandlungszeiten im Sinne des § 114 Abs. 2 Nr. 2 BBG (s. Änderung des § 35 Abs. 3 G 131 durch Artikel V § 3 Nr. 2 des 2. BesVNG). Die Heilbehandlungszeiten gelten nicht als Dienstzeiten im Sinne des § 106 Abs. 1 Nr. 1 BBG.

11. In Abschnitt A „Zu § 64“ werden folgende Nummern 4 und 5 angefügt:

4 Die Vorschriften des § 117 Abs. 1, § 140 Abs. 2 und § 181 a Abs. 1 Nr. 1 BBG über die Zurechnungszeit gelten auch für Altversorgungsberechtigte (s. Änderung des § 64 Abs. 1 G 131 durch Artikel V § 3 Nr. 3 des 2. BesVNG). Sind bei der Berechnung der Versorgungsbezüge eines Altversorgungsberechtigten Zeiten nach einer dem § 117 Abs. 2 oder § 181 Abs. 5 BBG in der am 30. 6. 1975 geltenden Fassung entsprechenden Vorschrift erhöht angerechnet worden, finden die Vorschriften über die Zurechnungszeit nur Anwendung, wenn dies für den Versorgungsberechtigten günstiger ist. In diesem Falle entfallen die erhöhten Anrechnungen (s. Artikel V § 3 Nr. 3 Buchstabe b des 2. BesVNG).

5 Die Vorschriften des § 114 Abs. 2 BBG finden auf Altersversorgungsberechtigte keine Anwendung.

– MBl. NW. 1975 S. 1934.

2120

Beistandspflicht

**der Gesundheitsämter gegenüber den Finanzämtern;
hier: Amtsrätliche Bescheinigungen zur Erlangung einer
Kraftfahrzeugsteuervergünstigung für Körperbehinderte**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 15. 10. 1975 – VI C 1 – 23.03.67/6

Seit dem 1. September 1975 sind die medizinischen Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung nach § 3 Abs. 1

Nr. 2 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2210) durch eine Bescheinigung des zuständigen **Versorgungsamtes** nachzuweisen. Der RdErl. d. Innenministers v. 1. 3. 1966 (SMBl. NW. 2120) wird daher im Einvernehmen mit dem Finanzminister aufgehoben.

– MBl. NW. 1975 S. 1936.

2160

**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe
– Arbeiterwohlfahrt Bezirk westliches
Westfalen e.V. –**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 17. 10. 1975 – IV B 2 – 6113/D

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung vom 6. August 1970 (BGBl. I S. 1197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2189), i. V. m. § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG – JWG – in der Fassung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), – SGV. NW. 216 – öffentlich anerkannt:

Arbeiterwohlfahrt Bezirk westliches Westfalen e.V.,
Sitz Dortmund (am 18. 4. 1966)

ferner folgende ihr als Mitglieder angehörenden Kreis- und Ortsverbände:

Kreisverband Borken
Kreisverband Bochum
Kreisverband Bottrop
Kreisverband Coesfeld
Kreisverband Dortmund
Kreisverband Gelsenkirchen
Kreisverband Hagen/Ennepe-Ruhr
Kreisverband Hamm
Kreisverband Herne
Kreisverband Hochsauerlandkreis
Kreisverband Münster
Kreisverband Märkischer Kreis
Kreisverband Olpe
Kreisverband Recklinghausen
Kreisverband Steinfurt
Kreisverband Siegen/Wittgenstein
Kreisverband Soest
Kreisverband Unna
Kreisverband Warendorf
Stadtverband Castrop-Rauxel
Stadtverband Lünen
Stadtverband Marl
Stadtverband Witten

Die Bek. v. 31. 7. 1969 (MBl. NW. S. 1402) ist gegenstandslos.

– MBl. NW. 1975 S. 1936.

2370

**Einsatz von Bundesmitteln
zur Beseitigung von Wohnungsnotständen
sowie zur Förderung von Eigentumsmaßnahmen
für kinderreiche Familien**

RdErl. d. Innenministers v. 16. 10. 1975 –
VI B 2 – 5.0 – 2365/75

Der RdErl. v. 28. 6. 1972 (SMBl. NW. 2370) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1.2 wird wie folgt geändert:
In Satz 2 werden die Worte „in doppelter Ausfertigung“ gestrichen. In Satz 3 wird die Parenthese „– ebenfalls in doppelter Ausfertigung –“ gestrichen.
2. In Nummer 2.1 erhält Satz 2 folgende Fassung:
Zu berücksichtigen sind diejenigen Kinder im Sinne des § 32 Abs. 4 bis 7 des Einkommensteuergesetzes, die zum Familienhaushalt gehören.

3. Nummer 2.2 wird wie folgt geändert:

In Satz 1 werden die Worte „5 oder mehr Kindern“ ersetzt durch die Worte „3 und mehr Kindern“. Der letzte Satz wird gestrichen.

4. In Nummer 2.3 wird folgender Satz angefügt:

Sie sind abweichend von Nummer 2.4 Abs. 1 für jedes Bauvorhaben gesondert, aber gleichzeitig mit dem Bericht anzufordern, der mir für die Anforderung der Landesmittel nach Nummer 5 des RdErl. v. 16. 7. 1973 (SMBI. NW. 2371) vorzulegen ist.

5. Nummer 2.4 erhält folgende Fassung:

Die Bewilligungsbehörden entscheiden über die Anträge in eigener Zuständigkeit. Sie fordern die Bundesmittel bei mir global nach dem Muster der Anlage an. Dabei sollen in **einem** Anforderungsbericht möglichst viele bewilligungsreife Bauvorhaben zusammengefaßt werden. Gleichzeitig

ist zu bestätigen, daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Bundesmittel vorliegen.

Abweichend von Abs. 1 sind mir für den einzelnen Antrag der Name des Antragstellers, die Anzahl der zu berücksichtigenden Kinder, die Lage des Bauvorhabens und der Betrag der angeforderten Bundesmittel anzugeben, wenn nicht die vorlegende Behörde, sondern die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes NW für die Bewilligung der Bundesmittel zuständig ist (z. B. bei Bewilligung von Bundesmitteln neben Wohnungsfürsorgemitteln des Landes oder Festbetragsdarlehen aus nicht öffentlichen Mitteln).

6. Nummer 2.6 erhält folgende Fassung:

Bei einem Bewerberwechsel entscheidet die Bewilligungsbehörde in eigener Zuständigkeit über die Übertragung der Bundesmittel an den neuen Bewerber.

7. Die Nummern 2.7 bis 2.9 und 4 werden gestrichen.

8. Der Runderlaß tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Anlage

Anlage

(Bewilligungsbehörde)

(Ort, Datum)

An den
Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Düsseldorf

Betr.: Förderung des sozialen Wohnungsbaues;

hier: Anforderung von Bundesmitteln zur Förderung von Eigentumsmaßnahmen kinderreicher Familien

Bezug: RdErl. v. 28. 6. 1972 (SMBI. NW. 2370)

Ich bitte, folgende Bundesmittel bereitzustellen:

- | | |
|--|----------|
| 1. für kinderreiche Familien (3 oder 4 Kinder) | DM |
| 2. für große Familien (5 oder 6 Kinder) | DM |
| 3. für Patenschaftsfamilien | DM |
| | DM |

Gleichzeitig wird bestätigt, daß in dem Finanzierungsplan die Landesmittel in der nach den Wohnungsbaufinanzierungsbestimmungen zulässigen Höhe eingesetzt worden sind, mir der erforderliche Bewilligungsrahmen für die Landesmittel zur Verfügung steht und die Voraussetzungen für die Bewilligung der angeforderten Bundesmittel auch im übrigen vorliegen.

71342

Aufstellung des Neuen Liegenschaftskatasters

RdErl. d. Innenministers v. 14. 10. 1975 –
I D 2 – 7220

Mein RdErl. v. 26. 5. 1950 (SMBL. NW. 71342) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Neuen“ gestrichen.
2. Der Nummer 1 werden folgende Absätze angefügt:
(5) In Nummer 44 werden nach dem Wort „Reichsschätzungsbeirats“ die Worte „– jetzt des Bewertungsbeirats –“ eingefügt sowie die Buchstaben „RM“ durch die Buchstaben „MSt“ ersetzt.
(6) In Nummer 58 Abs. 2, in Anlage 6 Spalte 9 und in Anlage 8 Spalte 2 werden die Buchstaben „RM“ durch die Buchstaben „MSt“ ersetzt.

– MBL. NW. 1975 S. 1938.

71342

Vorschriften für die Herstellung, Fortführung und Vervielfältigung der Schätzungskarte in Nordrhein-Westfalen (Schätzungskartenerlaß)

RdErl. d. Innenministers v. 15. 10. 1975 –
I D 2 – 7220

Meinem RdErl. v. 12. 7. 1955 (SMBL. NW. 71342) wird folgender Absatz angefügt:

Die Vorschriften sind durch meinen RdErl. v. 14. 10. 1975 (MBL. NW. S. 1938) geändert worden.

– MBL. NW. 1975 S. 1938.

763

Abgrenzung der Aufsichtsbefugnisse über private Versicherungsunternehmen von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung Vereinfachung der Berichterstattung

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
v. 16. 10. 1975 – II/A 3 – 190-02-01 – (45/75)

Mein RdErl. v. 10. 1. 1961 (SMBL. NW. 763) wird wie folgt geändert:

Abschnitt 1 Buchstaben a bis e erhält nachstehende Fassung:

a) Sterbekassen	200 000,- DM
b) Pensionskassen	200 000,- DM
c) Krankenversicherungsunternehmen	300 000,- DM
d) Schadenversicherungsunternehmen	300 000,- DM
e) Unfallversicherungsunternehmen	300 000,- DM

Abschnitt 1 Buchstabe f entfällt.

– MBL. NW. 1975 S. 1938.

II.

Innenminister

Nachweis der Musterstücke der Bodenschätzung im Liegenschaftskataster

RdErl. d. Innenministers v. 14. 10. 1975 –
I D 2 – 7220

Mit der Verordnung zur Durchführung des § 4 Abs. 2 des Bodenschätzungsgesetzes vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2163) sind für die nach dem Stand vom 1. 1. 1974 bestehenden Musterstücke die Ergebnisse der Bodenschätzung festgesetzt worden. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Verordnung ist an die Stelle der bisherigen Bezeichnung „Reichsmusterstück“ die Bezeichnung „Musterstück“ getreten.

Für den Nachweis der Musterstücke im Liegenschaftskataster bestimme ich folgendes:

- 1 Soweit die bisherigen Angaben über Klasse und Wertzahl mit den durch die Verordnung festgesetzten Schätzungsergebnissen nicht übereinstimmen, ist das Liegenschaftskataster entsprechend fortzuführen. Nachgewiesene Musterstücke, die in der Verordnung nicht aufgeführt sind, sind aufgegeben worden und somit auch im Liegenschaftskataster zu streichen bzw. nicht mehr darzustellen. Die Oberfinanzpräsidenten werden diese Musterstücke zusätzlich den Katasterbehörden besonders mitteilen.
- 2 Die Vorschriften für die Herstellung, Fortführung und Vervielfältigung der Schätzungskarte in Nordrhein-Westfalen (Schätzungskartenerlaß), RdErl. d. Innenministers v. 12. 1. 1955 – I/23 – 72.20 – (Sonderdruck) – s. hierzu meinen RdErl. v. 12. 7. 1955 (SMBL. NW. 71342) –, werden wie folgt geändert:
2.1 In Nummer 7 Abs. 1 Satz 2 werden hinter dem Wort „Reichsschätzungsbeirats“ die Worte „– jetzt des Bewertungsbeirats –“ eingefügt sowie die Buchstaben „RM“ durch die Buchstaben „MSt“ ersetzt.
2.2 In Anlage 1 Nr. 3 werden die Worte „RM = Reichsmusterstück (rot)“ durch die Worte „MSt = Musterstück (rot)“ ersetzt.
2.3 In Anlage 4 Blatt 3 Netzquadrat C 2 wird anstelle der Abkürzung „RM“ die Abkürzung „MSt“ eingetragen.
- 3 Hinsichtlich des Nachweises der Musterstücke im Katasterbuchwerk verweise ich auf meinen Änderungserlaß v. 14. 10. 1975 (MBL. NW. S. 1938) zum RdErl. v. 26. 5. 1950 (SMBL. NW. 71342).
- 4 Vorstehendes gilt entsprechend für die Laufendhaltung der nach dem RdErl. d. PrFM v. 10. 7. 1935 (n.v.) – KV 2. 558 II – (SMBL. NW. 71342) zu führenden Beschreibungen der Musterstücke.
- 5 Die Fortführung des Liegenschaftskatasters und der genannten Beschreibungen – einschließlich der neuen Bezeichnung – bitte ich bis zum 31. 12. d. J. abzuschließen. T.

– MBL. NW. 1975 S. 1938.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

Ungültigkeit von Dienstausweisen

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
v. 9. 10. 1975 – Z/A – BD – 91-00

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1961 ausgestellte Dienstausweis Nr. 107 der Regierungsangestellten Margret Wippermann, wohnhaft in Düsseldorf, Am Erlenhof 31, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zuzuleiten.

– MBL. NW. 1975 S. 1938.

Personalveränderungen

Finanzminister

Ministerium

Es sind ernannt worden:

Regierungsrat N. Jaeger zum Oberregierungsrat
Regierungsrat z. A. W. Goetting zum Regierungsrat

Nachgeordnete Stellen:

Es sind ernannt worden:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf:

Regierungsräte z. A.
Dr. H. Jahn
F. Klein
zu Regierungsräten

Konzernbetriebsprüfungsstelle II Düsseldorf:

Obersteuerrat W. Brecker zum Regierungsrat

Oberfinanzdirektion Köln:

Regierungsrat z. A. J. Herchenbach zum Regierungsrat

Finanzamt Düsseldorf-Süd:

Regierungsrat Dr. M. Riedel zum Oberregierungsrat

Finanzamt Moers:

Regierungsrat D. Tielsch zum Oberregierungsrat

Finanzamt Bergheim:

Regierungsrätin z. A. H. Pich zur Regierungsrätin

Finanzamt Euskirchen:

Regierungsrat z. A. R.-D. Hartmann zum Regierungsrat

Finanzamt St. Augustin:

Regierungsrat z. A. R. Kraak zum Regierungsrat

Finanzamt Beckum:

Regierungsrat z. A. F. Heckmann zum Regierungsrat

Finanzamt Lüdinghausen:

Regierungsrätin z. A. M. Barfuß zur Regierungsrätin

Finanzamt Minden:

Regierungsrätin z. A. M. Zillmann zur Regierungsrätin

Finanzamt Olpe:

Oberregierungsrat P. Moskob zum Regierungsdirektor beim Finanzamt Lüdenscheid

Finanzamt Steinfurt:

Regierungsrat B. Untiedt zum Oberregierungsrat

Staatshochbauamt Essen:

Regierungsbaurat H. Wieske zum Oberregierungsbaurat beim Regierungspräsidenten Düsseldorf

Staatshochbauamt für die Technische Hochschule Aachen:

Regierungsbaurat H.-D. Rumpf, beurlaubt für eine Tätigkeit bei der Nordrhein-Westfälischen Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft mbH Düsseldorf, zum Oberregierungsbaurat

Staatshochbauamt für die Universität Münster:

Regierungsbaurat J. Höpfner, beurlaubt für eine Tätigkeit bei der Nordrhein-Westfälischen Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft mbH Düsseldorf, zum Oberregierungsbaurat

Es sind versetzt worden:

Oberfinanzdirektion Köln:

Leitender Regierungsdirektor J. Kalenberg an das Finanzamt Köln-Nord

Finanzamt Dinslaken:

Regierungsdirektor H.-J. Liptau an die Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Finanzamt Essen-Ost

Oberregierungsrätin U. Pauly an das Finanzamt Duisburg-Süd

Finanzamt Geldern:

Oberregierungsrat H. Blanke an die Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Finanzamt Minden:

Finanzamtsdirektor Dr. F. Schmidt an das Finanzamt Siegen

Es sind in den Ruhestand getreten:

Steuerfahndungsstelle Düsseldorf:

Regierungsdirektor Dr. W. Berger

Finanzamt Siegen:

Finanzamtsdirektor Dr. H.-G. Ritter

– MBl. NW. 1975 S. 1938.

Innenminister**Wohnungsbauförderungsprogramm 1975**RdErl. d. Innenministers v. 10. 10. 1975 –
VI A 1 – 4.020 – 2581/75

1. Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die im Baujahr 1975 nicht bewilligten Wohnungsbaumittel nicht auf das Jahr 1976 übertragen werden können und damit verfallen.

Da die Bewilligungsbehörden nur für bewilligungsreife Anträge die Zuteilung von Mitteln beantragt haben, kann auch damit gerechnet werden, daß über diese Mittel durch Erteilung von Bewilligungsbescheiden verfügt wird.

2. Für den Jahresabschluß 1975 gilt folgendes:

- 2.1 Entgegen der Nr. 5 des RdErl. v. 2. 1. 1968 (SMBl. NW. 2370) kann über bereitgestellte Mittel von den Bewilligungsbehörden

bis zum 31. 12. 1975

durch Erteilung von Bewilligungsbescheiden verfügt werden.

- 2.2 Die Bewilligungsbescheide müssen der Wohnungsbauförderungsanstalt bis

spätestens zum 8. 1. 1976

vorgelegt werden. Bewilligungsbescheide zu Lasten des Bewilligungsrahmens 1975, die bei der Wohnungsbauförderungsanstalt nach dem 8. 1. 1976 eingehen, werden unerledigt zurückgegeben. Dasselbe gilt für vorgelegte Bewilligungsbescheide, denen erforderliche Unterlagen nicht oder nur unvollständig beigelegt sind, soweit die Vervollständigung nicht bis zum 8. 1. 1976 erfolgt.

- 2.3 Der Wohnungsbauförderungsanstalt sind bis zum 30. 11. 1975 vorzulegen Anträge auf

- a) Übernahme einer Bürgschaft,
- b) Zustimmung nach Nr. 69 a Abs. 3 WFB 1967 und
- c) Gewährung von Festbetragsdarlehen.

- 2.4 Soweit über Bewilligungs- oder Ermächtigungsrahmen nicht bis zum 31. 12. 1975 verfügt worden ist, gelten diese als zurückgezogen. Sie sind in der Kontingentskontrolle 1975 bei der jeweiligen Positions-Nummer abzubuchen.

3. In den Vorjahren sind die Bewilligungsbehörden ermächtigt worden, für Bauvorhaben, für die auch **Bundesmittel** eingesetzt werden, die Landesmittel vorab zu bewilligen. Eine solche Regelung wird in diesem Jahr nicht getroffen. Werden die benötigten Bundesmittel nicht oder so spät angefordert, daß eine Zuteilung nicht mehr erfolgen kann, dürfen die Landesmittel wegen der bestehenden Finanzierungslücke nicht bewilligt werden und verfallen. Anträge auf Zuteilung von Bundesmitteln sind mir bis

- spätestens 30. 11. 1975 vorzulegen.
- 3.1 Der RdErl. v. 28. 6. 1972 (SMBl. NW. 2370) wird zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung in Kürze geändert. Es kann damit gerechnet werden, daß die Bundesmittel nicht mehr für jedes einzelne Bauvorhaben, sondern global anzufordern sind.

– MBl. NW. 1975 S. 1939.

Hinweise

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 67 v. 23. 10. 1975

Glied.- Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nr. 1,10 DM zuzüglich Portokosten)	Seite
1001	13. 10. 1975	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Mönchengladbach/Düsseldorf/Wuppertal vom 10. September 1974 (GV. NW. S. 890), soweit es die Stadt Meerbusch betrifft, mit Artikel 78 der Landesverfassung	568
113	14. 10. 1975	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage	562
314	14. 10. 1975	Gesetz zur Übertragung landesrechtlicher Geschäfte auf den Rechtspfleger	562
34	14. 10. 1975	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Gebührenbefreiung, Stundung und Erlaß von Kosten im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Arbeitsgerichtsbarkeit	562
	14. 10. 1975	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1975 (Nachtragshaushaltsgesetz 1975)	563

– MBl. NW. 1975 S. 1940.

Nr. 68 v. 24. 10. 1975

Glied.- Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nr. 1,10 DM zuzüglich Portokosten)	Seite
311	6. 10. 1975	Verordnung zur Änderung der Ersten und Fünften Verordnung sowie zur Aufhebung der Zweiten Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten.	570
631	19. 9. 1975	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach den §§ 57 bis 59 Landeshaushaltsordnung	570
	9. 10. 1975	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Höchstzahlen für die von einem Verfahren der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen erfaßten Studiengänge an den wissenschaftlichen Hochschulen einschließlich der Gesamthochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen für das Wintersemester 1975/76	570
	10. 10. 1975	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Höchstzahlen der im Wintersemester 1975/76 in höhere Fachsemester aufzunehmenden Bewerber für Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen.	571

– MBl. NW. 1975 S. 1940.

Einzelpreis dieser Nummer 2,80 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.